

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.90 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18698.

Inseratenpreise: Die 7spaltige Petitzeile 50 Pfg. und 40° Steuerzuschlag — 70 Pfg. Text bei Plagovordr. 55 Pfg. und 40% Steuerzuschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die Todesstrafe bleibt!

### Die Nationalversammlung lehnt ihre Beseitigung ab!

#### Die Landarbeiterbewegung.

##### Generalstreiks gegen Belagerungszustand und Streikverbot.

Berlin, 16. Juli. Die Vertrauensmänner der städtischen Gewerkschaften haben, wie verschiedene Blätter berichten, gestern abend beschlossen, heute früh in einen Generalstreik einzutreten, um den kommandierenden General zu zwingen, den Belagerungszustand aufzuheben und auch das Streikverbot gegen die Landarbeiter zu beseitigen. In einer Resolution der Magistratshilfsarbeiter wurde von diesem Beschluß Mitteilung gemacht und die Versammlung aufgefordert, dem Beschluß geschlossen nachzukommen.

Berlin, 16. Juli. Die Volkszeitung meldet aus Stettin: Die Verkündung des Belagerungszustandes über fast ganz Pommern verursachte unter den Sozialdemokraten eine ziemliche Erregung. Im Ansturm kam es gestern nachmittags zum Generalstreik. Zuerst traten die Arbeiter des Landvolkes in den Aufstand. Sie begaben sich in geschlossenem Zuge nach den anderen Teilen und zwangen die Arbeiter zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Durch den Streik sind fast alle Betriebe stillgelegt. Der Ansturm Anzeiger konnte nicht erscheinen, das Wasserwerk arbeitet vorläufig noch. Die Gewerkschaften sind gegen den Streik. In Berlin sind die Metallarbeiter ausständig. Der Betrieb der Straßenbahn ruht dort.

Berlin, 16. Juli. (W. Z. B.) Wie aus Greifswald berichtet wird, brach auf etwa 20 bis 30 Kilometern im Kreise Greifswald der Streik aus. Mehrfach kam es vor, daß von Streikern Terror ausgeht wurde. Die Arbeiter wurden bedroht, ein Guisbesitzer von Pferde geworden und mißhandelt. In Greifswald ruht im Zusammenhang mit dem Ausstand seit gestern jede Arbeit. Wie der Volkszeitung Mitteilung wird, fordert die Arbeiterpartei in Greifswald die Ablehnung des Regierungsverordens, die Suspendierung aller schuldigen Landräte, die zur Rechenschaft gezogen werden sollen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Zurückziehung aller fremden Militärs. Die Ursachen zur Verkündung des Belagerungszustandes waren, wie es in der Volkszeitung heißt, abertriebene Meldungen des Landrats von Franzburg.

Was übrigens die Bewegung unter den Landarbeitern veranlaßt hat und wie sinnlos das Gerede von Hebern ist, die am Werk seien, um die Arbeiter in der Erntezeit zu einem Generalstreik zu veranlassen, wird durch nichts besser illustriert als durch folgende von der rechtssozialistischen (also unverdächtigsten!) Fraktion in der Preussischen Landesversammlung eingebrachte Anfrage:

Nach Nachrichten aus dem Lande, besonders Pommern, Schlesien und Brandenburg, werden seitens der Landwirte Maßnahmen getroffen, die organisierten land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern, Arbeiter und Anwesende, zu entlassen, weil diese von dem gewalttätigen Vereinigungsrecht Gebrauch machen.

Die Arbeiter werden ehrenrührig verpflichtet, organisierte Arbeitnehmern, besonders solchen, die Vertrauensmänner in den Gewerkschaften ausüben, zu mahnen.

Wenn Arbeitnehmern verweigert, die abgeschlossenen Tarifverträge durchzuführen, wird diesen mit Entlassung gedroht. Wie an sich geschehenen Streikigkeiten wird seitens der Landwirte Willkür herbeigeführt.

Landwirte oder deren Beauftragte, wie auch Gendarmen und Gendarmerien greifen bewaffnet in Konfliktverhandlungen ein. Durch diese Maßnahmen wird das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verflücht und heftigen Streiks auszubrechen, die durch das Verhalten der Landwirte direkt hervorgerufen werden.

Was bedeutet die Staatsregierung gegen dieses Vorgehen eines immerhin erheblichen Teils der Landwirte, das planmäßig von den sogenannten Landbänden gefördert wird, zu tun, und wie gedenkt sie die arbeitsunfähigen Landarbeiter gegen diesen Terrorismus gewisser Kreise der Landwirte zu schützen?

Hier beschuldigen die Rechtssozialisten also sich selber, wogegen die von ihrem gepriesenen Koste durchgeführte Bewaffnung der Grundbesitzer und die Entwaffnung der Arbeiter aussieht, hat nämlich, dazu, den Landarbeiter mit Hilfe der Waffen auch weiter zum Sklaven des Grundherrn zu machen. Das ist die alte Art und Weise der Grundherren, ihre Arbeiter bis aufs Blut zu drangsalieren und zu skandalisieren, und wenn diesen dann einmal die Wälle überläuft, gleich über „Gewalt“ zu schreiben.

Von neuem zeigt uns all dies die schwere Unterdrückungsbedingung, die die Revolution benannt hat, als sie die feudalen Grundherren unangestastet in ihrem Besitze ließ.

Vorerst muß von der Regierung mit allem Nachdruck gefordert werden, daß sie den kommandierenden General zu Stettin, der sich zum bestmöglichen Werkzeug des Verlangens der Junker macht, das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu vernichten und ihnen das Mittel zu geben, jede unter dem Druck der Revolution zugestandene Verbesserung des Arbeitsverhältnisses wieder zurückzunehmen, schleunigst absetzt! Wird sie wenigstens das tun?

#### Landarbeiterstreik in Ostpreußen.

Berlin, 16. Juli. Die V. Z. am Mittag meldet aus Königsberg: Von unverantwortlicher Seite hat sich ein Teil der Landarbeiter des Kreises Mohringen in wilde Streiks treiben lassen. Der Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die Landarbeiter auf, die Arbeit aber anzunehmen, da in den nächsten Tagen Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages stattfinden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie zum Schutz der Arbeitswilligen sind Regierungstruppen in den Kreis geschickt worden.

#### Schattmacher.

Wilmars, 16. Juli. Abg. Dr. Wilmars (Deutsche Op.) brachte in der Nationalversammlung eine Anfrage ein, welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um den drohenden Generalstreik zu verhindern (nicht etwa beizulegen! Red. d. B.) und die Einbringung der Ernte und damit die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen.

#### Der Proteststreik in Hamburg.

Hamburg, 16. Juli. Der heutige Proteststreik der unabhängigen Sozialdemokraten wegen der Verhaftung des zweiten Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbands und die Forderung für die am 24. und 25. Juni festgesetzten beschränkten im allgemeinen auf die Werftbetriebe. Der Verkehr im Osttunnel und auf den Bahnen ist unbehindert. Auf der Werft Blohm u. Bock arbeiten zwei Drittel der Leute. Auf den übrigen großen Werften ruht die Arbeit größtenteils.

Der Streik ist u. a. auch mit dem außerordentlich herausfordernden Auftreten der Reichstruppen, mit der Einführung der Prügelsstrafe in den Gefängnissen und der Verhaftung von Bürgerkriegsmitgliedern begründet worden.

#### Sausuchungen.

Hamburg, 16. Juli. Vom Korps Rettow-Worbeck wird mitgeteilt: In den Morgenstunden wurde das Sekretariat der R. P. D. in der Rosenstraße durch Truppen untersucht, da bekannt war, daß sich in demselben heherische Flugblätter (!) befanden. Die Untersuchung beschäftigte diese Nachrichten! Nach Auslieferung des Beschlusses wurden die Truppen zurückgezogen.

#### Der Strafantrag gegen Toller.

München, 16. Juli. Der Staatsanwalt Hahn beantragte gegen Toller unter Zuhilfenahme mildernder Umstände eine Haftstrafe von sieben Jahren. (Z. U.)

#### Die französischen Sozialisten gegen den Versailler Frieden.

Versailles, 14. Juli, 7 Uhr abends. In der heutigen Vormittagsitzung des Nationalrats der sozialistischen Partei wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Verbündet wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Verbündet wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Verbündet wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt.

Populaire berichtet, daß heute vormittag anlässlich des Nationalfestes die Kriegsbeschädigten von der Föderation alter Kämpfer sich nach dem Kirchhof Père Lachaise begeben wollten um Kränze an den Gräbern der Gefallenen niederzulegen. Die Polizei habe den Zug angegriffen, ebenso an einer anderen Stelle einen Zug von etwa 250 Kriegsbeschädigten. An beiden Stellen habe es Verwundete gegeben.

Paris, 16. Juli. Davos. Der Nationalrat der Sozialisten hat beschlossen, mit 1420 gegen 54 Stimmen bei 501 Stimmenthaltungen die Ratifikation des Friedensvertrags abzulehnen.

#### Schein und Wirklichkeit.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Eine Fülle von Verordnungen und Befehlen ist in den jüngst vergangenen Tagen über das deutsche Volk niedergegangen. Da wird es streng verboten, die Regierungstruppen zu beleidigen oder zu boykottieren; ebenso soll schwer beüben, wer den Mitglieðern der Einwohnerwehren zu nahe tritt. Den streikenden Arbeitern wird streng befohlen, zur Arbeit zurückzukehren, und den arbeitenden Proletariern wird nicht weniger streng untersagt, ihre Tätigkeit einzustellen. Hohe Gefängnisstrafen bedrohen jeden, der gegen diese Gebote und Verbote irgendwie verstößt. Dagegen wird all den braven Staatsbürgern, die in Ruhe und Besonnenheit ihr Tagewerk vollbringen, oder ohne Störung Wucherverdienst oder Kapitalgins verzehren, die gegen Versorgung und hohen Lohn Dienst bei den Regierungstruppen genommen haben oder als Streikbrecher sich betätigen wollen, kurzum, allen nützlichen Elementen Belohnung und Versorgung in Aussicht gestellt. Alle diese Verordnungen und Befehle sind unterzeichnet von Herrn Koste, dem Reichswehrminister. Angeschlossen im Namen des Belagerungszustandes, von Gesetz und Recht ist keine Rede mehr. Das Koste'sche Prinzip, daß nur der Erfolg entscheidet und Gewalt vor Recht gehe, ist ausschlaggebend geworden.

Und doch gelingt es nicht, die steigende Erbitterung der Volksmassen einzudämmen, die Arbeiter wieder zu willigen Ausbeutungsobjekten des Kapitals zu machen. Immer wieder kommt es zu Streiks. Die Regierung macht alle Anstrengungen, um diesen Streikbewegungen einen politischen Anstrich zu geben und sie insbesondere auf Hebereien der Kommunisten und der unabhängigen Sozialdemokraten zurückzuführen. Es ist geradezu haarsträubend, wie in der letzten Zeit mit schamlosen Spitzelberichten der Glaube zu erwecken versucht wird, daß hinter diesen Streiks und auch hinter den in verschiedenen Orten ausgebrochenen Lebensmittellunruhen ein wohlvorbereiteter Plan stände, den Sturz der „rechtmäßigen“ Regierung herbeizuführen. Wir brauchen nicht des näheren auszuführen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie mit diesen aus der wirtschaftlichen Not geborenen Ausbrüchen der Verzweiflung nur insofern etwas zu tun hat, als sie die Gründe dafür zu begreifen und eine Politik zu fördern sucht, die endlich eine Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen herbeiführt. Und wir glauben, daß auch die Kommunisten nicht daran denken, diese unorganisierten Bewegungen und Tumulte für ihre politischen Zwecke auszubenten. Die Regierung oder deutlicher: der neue Militarismus, in dessen Namen Koste spricht, und der in Wirklichkeit die Regierung führt, will mit diesen Geschichten die Öffentlichkeit gegen die Arbeiterschaft einnehmen. Weil die Regierung unfähig ist, eine gründliche Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen das Proletariat leidet, herbeizuführen, sucht sie es durch militärische Maßnahmen niederzuhalten.

Wer von außen die politischen Verhältnisse Deutschlands betrachtet, der könnte leicht zu dem Glauben kommen, daß der neue Militarismus gestiegt habe und die proletarische Revolution endgültig niedergeworfen sei. Wenn man unter Revolution nur den Kampf mit Maschinengewehren und Handgranaten, die Errichtung von Barrikaden, die gegenseitige Niedermetzelung im Bürgerkrieg versteht, so kann man freilich leicht zu solchem Trugschluß kommen. Aber die revolutionären Triebkräfte des Proletariats sind doch von anderer und viel gewaltigerer Art. Nicht die militärischen Kampfmittel sind ausschlaggebend für die Stellung der Klassen im politischen Leben, sondern ihre Bedeutung im Produktionsprozeß und der Grad ihrer daraus abgeleiteten politischen Erkenntnis. Untersucht man aber den Stand der Dinge nach diesem Maßstab, so wird man zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Im ganzen Lande wächst die Bewegung der unabhängigen Sozialdemokratie; es geht nicht mehr schrittweise vorwärts, sondern in einem wahren Eilstempo. Wo wir auch hinschauen, überall wenden sich die arbeitenden Massen von der verräterischen Politik der Rechtssozialisten ab und sammeln sich unter dem Banner der unabhängigen Sozialdemokratie, das zugleich das Banner des wahren Sozialismus ist. Besonders kennzeichnend für den Stand, den Umfang und die Tiefe der Bewegung sind die Verhältnisse in Berlin.